



Dokumentation

Die ZEIT-Studie „Das Vermächtnis“

Die ZEIT-Studie „Das Vermächtnis“

Aktenzeichen: WD 8 - 3000 - 071/19
Abschluss der Arbeit: 28.06.2019
Fachbereich: WD 8: Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und
Forschung

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Teil 1: Die sonderbare Gelassenheit der Deutschen	4
3.	Teil 2: Heimat. Verbindend, nicht trennend	7
3.1.	Heimat und politische Parteien	10
3.2.	Forsa-Umfrage zum Thema Heimat	12
3.3.	Heimatkonzeptionen im aktuellen Diskurs	13
4.	Teil 3: Die Vertrauensfrage	16
4.1.	Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen	19
4.2.	Medienvertrauen	21
5.	Teil 4: Die Zukunft kann kommen	23
5.1.	Die Zukunft der Arbeit	24
5.2.	Digitalisierung am Arbeitsplatz	27
5.3.	Weiterbildung	28
6.	Quellen- und Literaturverzeichnis	31

1. Einleitung

Die vorliegende repräsentative Studie „Das Vermächtnis“ wurde entwickelt und finanziert von der Wochenzeitung DIE ZEIT, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas). Erstmals wurde sie im Jahr 2015 durchgeführt, für die zweite Runde wurden im Jahr 2018 insgesamt 2.070 in Deutschland lebende Bürgerinnen und Bürger in Einzelgesprächen im Schnitt 100 Minuten lang befragt.

Ziel der Studie war es, gesellschaftliche Einstellungen und Entwicklungen in allen Lebensbereichen abzubilden. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei darauf gelegt, was den Deutschen in ihrem Leben wichtig ist, was sie künftigen Generationen gerne weitergeben und einer zukünftigen Gesellschaft empfehlen würden. Gleichzeitig verstehen die Autoren die Studie auch als Indikator für den Zusammenhalt der Gesellschaft und möchten mit ihr mögliche Ansatzpunkte für politisches Handeln ins Gespräch bringen.

Die wesentlichsten Erkenntnisse dieser Studie wurden im Rahmen einer vierteiligen Artikelserie von der Zeitung DIE ZEIT zwischen dem 9. und dem 29. Mai 2019 im Internet veröffentlicht. Anfang Juni veröffentlichte das WZB die Studie „Das Vermächtnis. Wie wir leben wollen und was wir dafür tun müssen. Ergebnisse 2019“ auch als PDF-Datei. Die 36-seitige Broschüre ist jedoch in weiten Teilen inhalts- und textgleich mit den zuvor veröffentlichten ZEIT-Artikeln.¹ Laut Auskunft des WZB wird z. Z. an einer Publikation gearbeitet, die Ende des Jahres erscheinen soll.

Die vorliegende Dokumentation fasst die veröffentlichten Artikel zusammen und ergänzt die daraus gewonnenen Informationen mit weiteren Studien und wissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahre, um so die Ergebnisse der „Vermächtnis-Studie“ in den Kontext der aktuellen Forschung zu stellen.

2. Teil 1: Die sonderbare Gelassenheit der Deutschen

Das Bild, das sich aus der Studie ergibt, widerspricht dem, welches von Medien, Politik, Wirtschaft und den Bürgern selbst oft gezeichnet wird. Im Vergleich mit der im Jahr 2015 durchgeführten Befragung, an der teilweise dieselben Menschen teilnahmen, fällt auf, dass sich die Grundeinstellungen der Deutschen in allen Lebensbereichen trotz einschneidender weltpolitischer Ereignisse kaum verändert haben. Der Stellenwert der Arbeit und die Zufriedenheit mit selbiger ist weiterhin hoch, das Interesse an Politik und Kultur weiterhin moderat.

Als oberstes Fazit kommt die Studie zu dem Ergebnis: „Nichts charakterisiert dieses Land besser als Kontinuität.“²

1 DIE ZEIT; Infas; WZB (2019). Das Vermächtnis. Wie wird leben wollen und was wir dafür tun müssen. Ergebnisse 2019, S. 19. https://wzb.eu/system/files/docs/gf/2019_ZEIT_VermaechtnisStudie_Broschuere.pdf

2 ZEIT-online (2019). Novotny, Rudi. Die sonderbare Gelassenheit der Deutschen. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 20/2019, 9. Mai 2019, <https://www.zeit.de/2019/20/vermaechtnis-studie-deutschland-ergebnisse-gelassenheit-heimat-vertrauen/komplettansicht>
DIE ZEIT; Infas; WZB 2019: 14.

-
- 86 Prozent (2015: 85 Prozent) der Befragten erklärten, dass ihnen die „Erwerbsarbeit sehr wichtig“ sei.³
 - Zudem erklären 73 Prozent, dass sie einer Arbeit nachgingen, die sie „auf jeden Fall machen wollten“.⁴
 - Über 90 Prozent der Deutschen erwarten, dass sie in zehn Jahren noch da stehen, wo sie heute stehen und rechnen nicht mit einem „Auf- oder Abstieg“.⁵
 - 30 Prozent der Befragten machen sich „Sorgen um ihre Arbeit“, aber nur drei Prozent glauben, dass ihre „Arbeit auch von Computern erledigt werden“ könnte.⁶
 - 34 Prozent (2015: 30 Prozent) der Befragten haben „Angst vor Überfremdung“ und 69 Prozent befürchten (zukünftig) „keine Kontrolle über das eigene Leben zu haben.“ Da aber zwei Drittel der Deutschen auch sagen, sie seien „zufrieden“, hält die Studie dies für den Beweis, „dass sie genau diese Kontrolle derzeit haben.“⁷

Diese Ambivalenz wirft im Umkehrschluss aber die Frage auf, ob nicht auch rund ein Drittel der Aussage zustimmen würde, unzufrieden zu sein **und** sich fremdbestimmt zu fühlen.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Haltung der Befragten zu den Themenbereichen „Wirkgefühl, Sinnvolle Arbeit, Sozialer Aufstieg und Neueste Technik“.

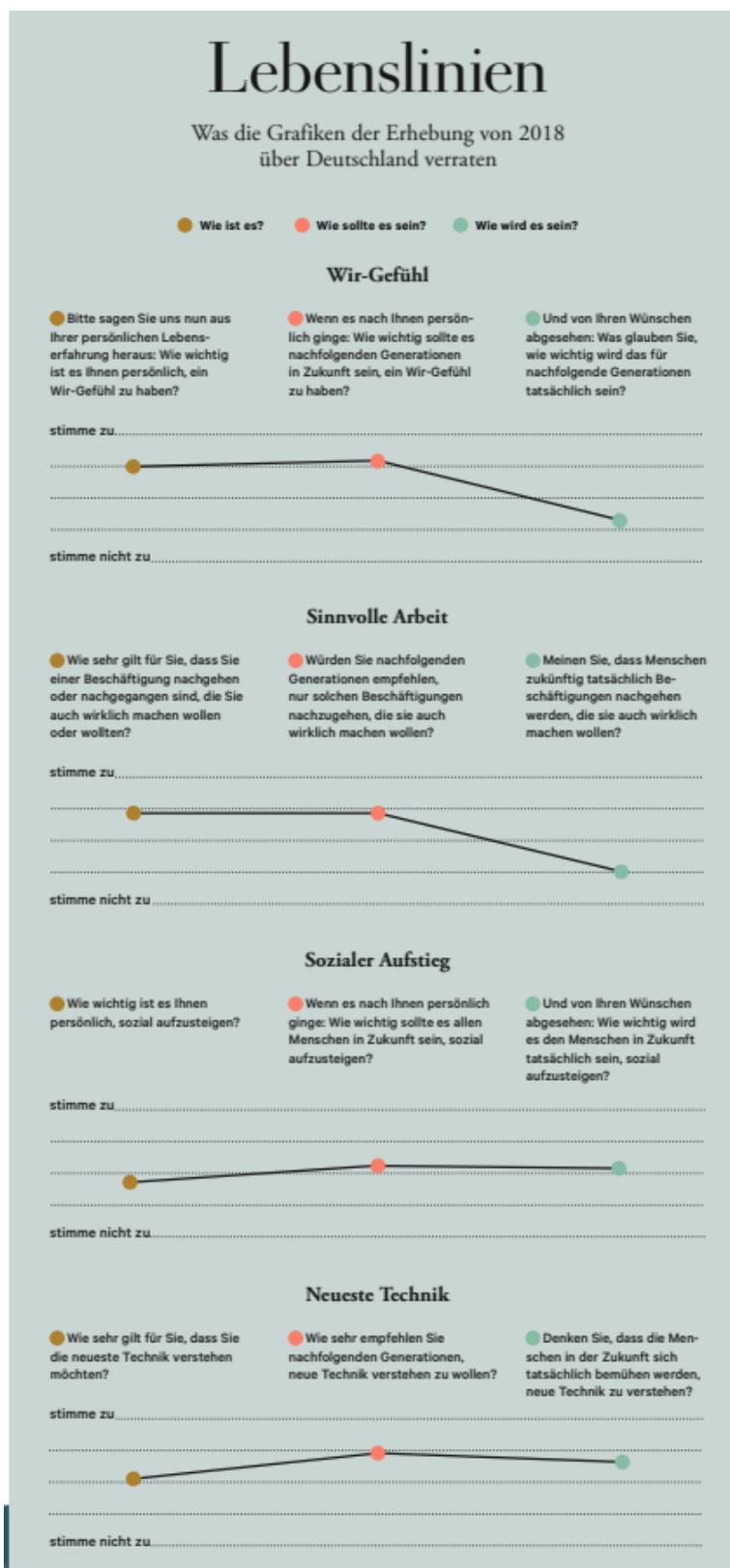
3 Vergleiche ebenda.

4 Vergleiche ebenda.

5 Vergleiche ebenda.

6 Vergleiche ebenda: 15.

7 Vergleiche ebenda.



3. Teil 2: Heimat. Verbindend, nicht trennend

Die Unbestimmtheit von Heimat hat dazu geführt, dass der Begriff in der Geschichte Deutschlands als vielfache Projektionsfläche gedient hat und u.a. durch die Verwendung in Nationalsozialismus und zu Zeiten der DDR ideologisch vorbelastet war. Im heutigen politischen Diskurs ersetzt der Begriff Heimat häufig den der Leitkultur. Im rechts-nationalistischen Denken steht Heimat für Deutsch und zieht so eine Grenze zur Kultur von Flüchtlingen und Migranten. Aus der politisch entgegengesetzten, linken Sicht ist Heimat ein „Kampfbegriff einer christlichen weißen Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben und Frauen sich ums Kinderkriegen kümmern“ sollen.⁸

- Die Vermächtnis-Studie zeigt auf, dass „Heimat“ für 89 Prozent der 2.070 Befragten „sehr wichtig“ ist. Unterschiede nach Alter, sozialer Lage, Geschlecht und Lebensumfeld sind nahezu nicht auszumachen.⁹

Aus den Antworten auf die Frage, was die Studienteilnehmer persönlich unter dem Begriff Heimat verstehen, lassen sich drei Bedeutungsebenen unterscheiden:

- Eine soziale Bedeutungsebene, die das unmittelbare familiäre und freundschaftliche Umfeld der Menschen umfasst,
- eine emotionale Bedeutungsebene, die „Heimat“ als Ort der Erinnerung wahrnimmt und dabei auch sinnliche Aspekte, wie z.B. Gerüche, mit einschließt,
- und eine territorial-kulturelle Bedeutungsebene, die die Idee der Nation mit gemeinsamer Sprache, Kultur und Überzeugungen umfasst.¹⁰

Allerdings kommt die Studie insgesamt zu dem Ergebnis, dass die territorial-kulturelle Bedeutungsebene im Vergleich zur sozialen und emotionalen Bedeutungsebene von geringerem Gewicht ist:

- Die sozialen Aspekte wie Nähe, Geborgenheit, Familie und Freundschaft erreichten mit 68 bis 88 Prozent die höchsten Zustimmungswerte.¹¹

8 Vergleiche: ZEIT-online (2019). Steinwede, Jakob. Heimat. Verbindend, nicht trennend. Was die Deutschen unter Heimat verstehen. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 21/2019, 16. Mai 2019, <https://www.zeit.de/2019/21/heimat-begriff-bedeutung-geborgenheit-identitaet-leitkultur>
Vergleiche: DIE ZEIT; Infas; WZB 2019: 23.

9 Vergleiche: DIE ZEIT; Infas; WZB 2019: 24.

10 Vergleiche ebenda.

11 Vergleiche ebenda.

-
- Die emotionale Ebene tritt mit 64 Prozent (Elternhaus) bis 57 (Geruch) etwas zurück.¹²
 - Die territorial-kulturellen Aspekte erreichen noch geringere Werte. So „verbinden nur 59 Prozent der Befragten die Aussage Deutschland, mein Land sehr stark mit dem eigenen Heimatverständnis. (...) Für Religion geben sogar 47 Prozent der Befragten ausdrücklich an, ein solches Bekenntnis habe mit dem eigenen Heimatverständnis nichts zu tun.“¹³

Laut der Studie ähnelt sich das Heimatverständnis von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stark. Dass Religion wichtig für den persönlichen Begriff von Heimat ist, erreicht bei beiden Gruppen die niedrigsten Zustimmungswerte.¹⁴

„Die größte Differenz besteht bei der Frage, wie wichtig die Muttersprache ist. Sie ist für Personen mit Migrationshintergrund für das eigene Heimatverständnis weniger relevant.“¹⁵

Laut dem Verfasser zeigen die Ergebnisse der Studie, dass im Begriff Heimat mehr Verbindendes als Trennendes steckt und damit keine Leitidee nationaler Identität verbunden ist.

„Der Begriff [hat] das Potenzial, für Integration zu stehen, für das Verbindende, für Wünsche und Bedürfnisse, die von allen Menschen geteilt werden. Denn Heimat ist Herkunft ebenso wie Ankommen.“¹⁶

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die prozentuale Häufigkeit der Nennungen, die die Befragten mit dem Begriff Heimat assoziierten.

12 Vergleiche ebenda: 25.

13 Vergleiche ebenda: 24.

14 Vergleiche ebenda: 25.

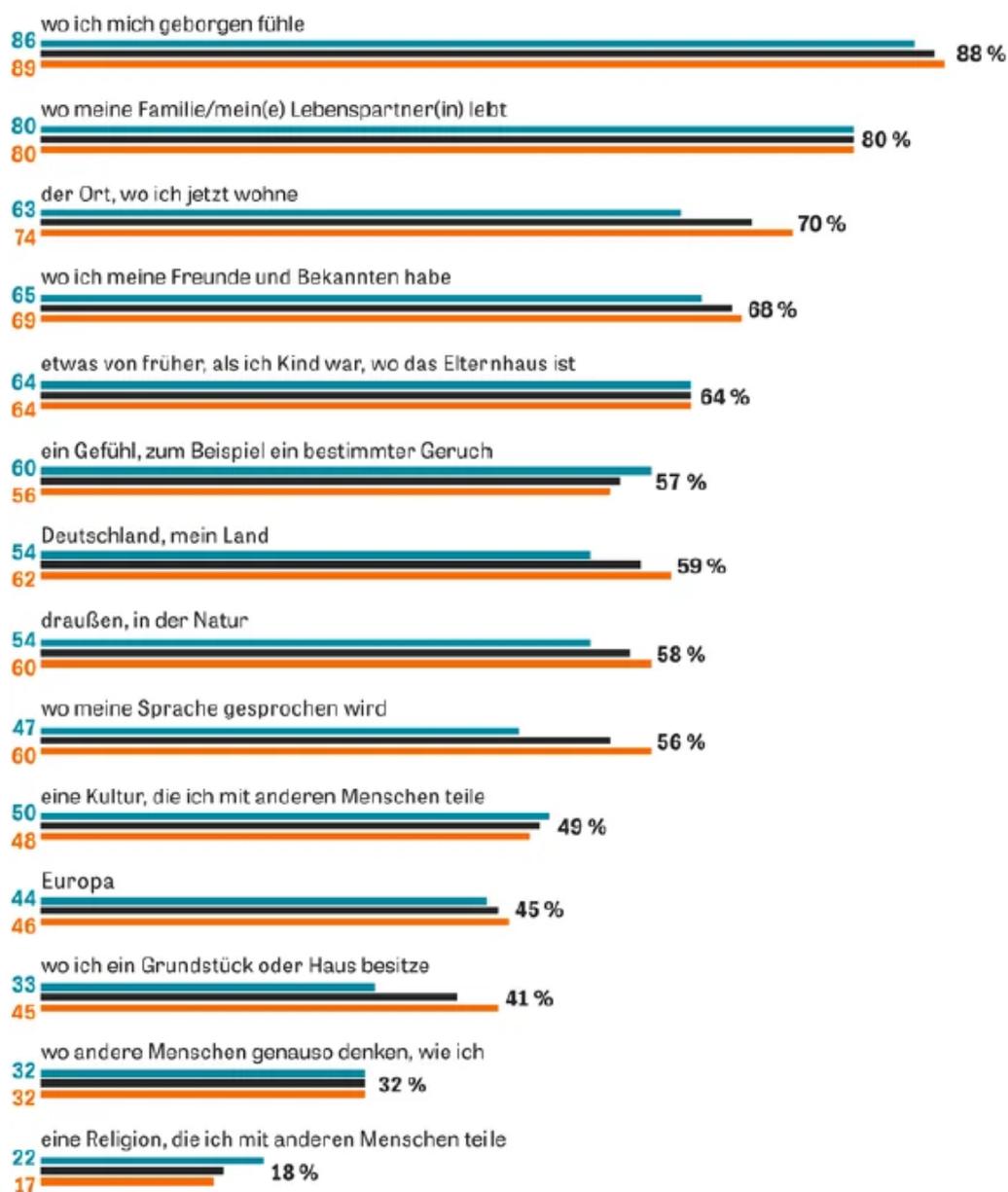
15 Ebenda.

16 Ebenda.

Heimat ist für mich...

- mit Migrationshintergrund
- alle
- ohne Migrationshintergrund

Angaben in %



Quelle: Vermächtnisstudie; n=2.070 Interviews, Mai-September 2018
© ZEIT-Grafik

3.1. Heimat und politische Parteien

In einem 2019 erschienenen Buch mit dem Titel „Heimat – Ein vielfältiges Konstrukt“ analysiert einer der Autoren, Fritz Reusswig, in seinem Beitrag „Heimat und politische Parteien“ die Bedeutung der Verwendung des Begriffs Heimat durch die im Bundestag vertretenen Parteien während des Bundestagswahlkampfes im Jahr 2017. Als Grundlage dienen ihm dabei die Häufigkeit der Verwendung des Begriffs Heimat in den Grundsatz- und Wahlprogrammen der Parteien. Im Anschluss an diese statistische Auswertung erfolgt eine inhaltliche Analyse der getroffenen Aussagen der Parteien zum Heimatbegriff.

Im Grundsatzprogramm der AfD wird der Begriff Heimat nicht mit der deutschen Heimat assoziiert. Der Heimatbegriff der AfD bezieht sich daher nicht auf regionale Zugehörigkeiten oder kulturelle Identitäten in Deutschland. Der von der AfD benutzte Begriff „Heimat der Geflüchteten“ bezieht sich auf das jeweilige Herkunftsland der Geflüchteten, in das die Geflüchteten wieder zurückkehren sollen. In diesem Kontext wird der Heimat-Begriff als Merkmal der Abgrenzung verwendet.¹⁷

Das Wahlprogramm der Grünen weist eine relativ häufige Verwendung des Begriffs Heimat auf; allerdings unter genau umgekehrten politischen Vorzeichen:

„Wo die AfD ausgrenzen und Menschen zurückschicken will, wollen die Grünen aufnehmen und integrieren. Diese strikte Opposition des Begriffsgebrauchs darf aber nicht verdecken, dass beide – AfD und Grüne – gewissermaßen spiegelverkehrt, aber strukturell gleich Heimat im Rahmen des Flüchtlingsdiskurses verorten. Für die Grünen kommt Deutschland, kommt regionale/kulturelle Identität nicht als Heimat vor.“¹⁸

Das gilt in abgeschwächter Form auch für die Partei Die Linke und die SPD. Auch bei der Partei Die Linke wird das Thema Heimat mit der „Heimat der Geflüchteten“ assoziiert, genauer gesagt, „um diejenige Heimat, um die sie letztlich der globale Kapitalismus gebracht hat.“¹⁹

„Massenerwerbslosigkeit und Armut im globalen Maßstab, Kriege, rechter und islamistischer Terror, Millionen Menschen, die vor Verfolgung, Armut, Krieg und den Folgen des Klimawandels fliehen und ihre Heimat verlassen müssen – all das zeigt: Der globale Kapitalismus führt zu immer mehr Verwerfungen und Krisen.“²⁰

Dadurch soll versucht werden, die tendenziell fremdenfeindliche Heimat-Semantik durch einen strukturellen Erklärungskontext zu konterkarieren.

17 Vergleiche: Reusswig, Fritz (2019). Heimat und politische Parteien. Aus: Hülz, Martina; Kühne, Olaf; Weber, Florian (Hrsg.) (2019). Heimat Ein vielfältiges Konstrukt, S. 378f. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-24161-2.pdf>

18 Ebenda: 380.

19 Ebenda: 381.

20 Ebenda.

Die SPD zeigt etwas breitere Heimat-Semantik auf. Neben der Konnotation, die man dem unspezifischen Heimatbegriff (Heimat als Stand- oder Wohnort) zuordnen kann, finden sich Aussagen wie:

„Mit der Gestaltungskraft demokratischer Politik wollen wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken, Zugehörigkeit und Heimat ermöglichen.

Diese Verknüpfung von Heimat, sozialem Zusammenhalt und demokratischer Gestaltung steht idealtypisch für ein eher linkes Heimatverständnis, das nicht auf Herkommen und Tradition abstellt, die es zu bewahren gilt, sondern auf Heimat als Produkt politisch zu gestaltender gerechter sozialer Verhältnisse.“²¹

Im Wahlprogramm der FDP taucht der Begriff Heimat nur einmal und eher negativ konnotiert auf: Kriegsflüchtlinge sollen in ihre Heimat zurück.

Bei einem Vergleich der Heimat-Semantiken von CDU und CSU fällt auf, „dass die regionale Zugehörigkeit und die kulturelle Identität der Menschen stärker von der CSU betont wird, während die CDU eher den Aspekt der nationalen Identität – von Deutschland als Heimat – betont.“²²

Dies liegt nicht zuletzt an der räumlichen Fokussierung der CSU auf Bayern. Gleichzeitig ist die CSU darum bemüht, „Tradition und Moderne zusammenzudenken: Bürgerwille und Gemeinwohl, Heimat und Weltoffenheit, Tradition und Moderne, Fortschritt und Nachhaltigkeit – dort, wo andere unversöhnliche Gegensätze konstruieren, praktizieren wir die Symbiose.“²³

Inzwischen ist die CDU – ebenso auch die CSU - dazu übergegangen, ebenfalls die semantische Dimension „Heimat der Geflüchteten“ zu thematisieren, während sie zuvor noch für eine kontrollierte Zuwanderung als „Gewinn für unser Land“ eingetreten war. Das Regierungsprogramm betont demgegenüber die Notwendigkeit, die „Fluchtursachen zu bekämpfen“.²⁴

Zusammenfassend stellt der Autor fest, „dass CDU und CSU – mit leicht unterschiedlichen Gewichtungen – sich mit dem Begriff Heimat viel leichter tun als SPD, Linke, Grüne und FDP. Er ist deutlich breiter aufgestellt und in dieser Breite auch deutlich positiver konnotiert. AfD und Grüne können hinsichtlich des Heimatbegriffs als konträre Zwillinge betrachtet werden.“²⁵

Der Autor stellt bei allen Parteien ein gewisses „Heimat-Defizit“ fest und empfiehlt den politischen Parteien, den Heimatbegriff aufzugreifen und offensiv zu verwenden, um zu verhindern,

21 Ebenda.

22 Ebenda: 383.

23 Ebenda.

24 Ebenda.

25 Ebenda.

dass die Semantik des Begriffs Heimat von der AfD und anderen rechtspopulistischen Gruppen monopolisiert wird. Abschließend hält der Autor möglichen Kritikern entgegen:

„Man könnte diesem Vorschlag entgegenhalten, dass er der AfD und vielleicht sogar offen völkisch-nationalsozialistischer Ideologie in die Hände spielt. Diese Gefahr besteht aber nur, wenn es die Parteien versäumen, Heimat entsprechend ihrer eigenen politischen Kernanliegen aufzuladen und vor Ort glaubhaft auszubuchstabieren – nicht nur für, sondern vor allem mit den Menschen. Die hier vorgelegte Analyse hat gezeigt, dass die AfD bislang zumindest einen sehr dünnen Heimatbegriff nutzt – also inhaltlich momentan gar nicht in der Lage ist, weder die Vielfalt seiner Facetten noch auch die aktuellen Probleme in den Regionen auf Heimat abzubilden, in denen sie überdurchschnittlich häufig gewählt wird. Noch haben die Parteien Zeit, diese Chance zu nutzen, aber das Zeitfenster ist klein.“²⁶

3.2. Forsa-Umfrage zum Thema Heimat

Das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa hat im Jahr 2018 für das RTL/n-tv-Trendbarometer ermittelt, was die Deutschen mit dem Begriff Heimat verbinden.²⁷

„Für 92 Prozent aller Bundesbürger und sogar 100 Prozent der CSU-Anhänger ist Heimat ein positiver Begriff. Nur unter den Anhängern der Grünen (15%) und der Linken (19%) ist eine nennenswerte Zahl anderer Auffassung und empfindet beim Begriff Heimat einen eher negativen Beigeschmack. Für 85 Prozent der Deutschen ist das Gefühl heimatlicher Verbundenheit auch persönlich wichtig. Dieser Auffassung sind 83 Prozent der Westdeutschen (ohne Bayern), 89 Prozent der Bayern und 91 Prozent der Ostdeutschen. Unwichtig ist das Heimatgefühl am ehesten Anhängern der Linken (20%) und der Grünen (26%).

Für 48 Prozent der Deutschen ist Heimat der Mittelpunkt von Familie und Freunden, für 36 Prozent der Ort bzw. die Region, wo man geboren wurde oder wohnt. Nur für eine Minderheit von 12 Prozent ist die Nation (Deutschland) Heimat. Am ehesten empfinden Ostdeutsche (15%), Anhänger der FDP (16%), über 60-Jährige (17%) sowie Anhänger der AfD (20%) Deutschland insgesamt als Heimat.

Das gleiche Ergebnis zeigt sich, wenn die Bürger all das nennen können, was sie mit dem Begriff Heimat verbinden. 58 Prozent der Befragten empfinden ihre Verwurzelung mit dem Geburts- oder Wohnort, 49 Prozent die Geborgenheit, die Familie und Freunde vermitteln, als Heimat. Als Ausdruck gemeinsamer Werte (wie Kultur oder Religion) empfinden Heimat weniger Bundesbürger (35%). Für 17 Prozent wird Heimat durch die Besonderheiten der jeweiligen Landschaften oder Regionen geprägt. Während für Frauen vor allem ihre Verwurzelung mit dem Wohnort (62%) sowie mit der Familie und den Freunden (54%) das Heimatgefühl bestimmt, sind für 42 Prozent der Männer auch die gemeinsamen kulturellen und religiösen Werte wichtig. Das gilt in besonders starkem Maße auch für die Anhänger der CSU (53%) und der AfD (58%).

26 Ebenda: 387.

27 Die Daten wurden vom 7. bis 9. März 2018 vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag der Mediengruppe RTL erhoben. Datenbasis: 1005 Befragte. Statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte.

Wenn Heimatverbundenheit verloren geht, dann machen 21 Prozent der Befragten den Verlust sozialer Kontakte, 10 Prozent das Verhalten der Menschen untereinander und 8 Prozent die aktuelle politische und ökonomische Situation dafür verantwortlich. Nur jeweils 7 Prozent der Befragten beklagen, das Heimatgefühl gehe durch kulturellen Verfall oder den Zuzug von Ausländern verloren. Das sehen viele Anhänger der AfD anders. Sie beklagen, die Heimatverbundenheit sei durch den kulturellen Verfall (18%) und den Zuzug von Ausländern (19%) gefährdet. Ein Drittel der Befragten (33%) sieht nicht, dass die Verbundenheit mit der Heimat verloren gehe, und kann auf diese Fragestellung keine Antwort geben.“²⁸

3.3. Heimatkonzeptionen im aktuellen Diskurs

Im bereits erwähnten Buch aus dem Jahr 2019, „Heimat - Ein vielfältiges Konstrukt“ untersucht die Politikwissenschaftlerin Stine Marg, inwiefern der Heimat-Begriff im öffentlichen Diskurs in den letzten Jahren durch rechtspopulistische Bewegungen wie Pegida an nationalistisch-völkischem Bedeutungsinhalt gewonnen hat. Sie konstatiert, dass der Begriff „zu bestimmten Zeiten für die politische Kultur eines Landes beziehungsweise der Bundesrepublik relevanter zu sein scheint als zu anderen.“ Da Heimat im 21. Jahrhundert kein Rechtsbegriff mehr ist, ist er offener geworden für Ideologisierung, aber auch für Individualisierung und Pluralisierung.²⁹

Im Kontext von Debatten über und Protesten gegen Stromtrassen und Windkraftanlagen wird der Begriff „vordergründig als ländliche[r] Raum, idyllische Landschaft und unberührte Natur“ gedeutet. Heimat ist hier eine „lokale Identität, die beinahe mystisch aufgeladen wird.“ Als Gegensatz zur anonymen und belasteten Stadt wird hier Heimat zu einem Ort der Stille, Geborgenheit und Zuflucht idealisiert. Der Protest gegen die durch Veränderungen bedrohte Heimat wird zum „Antriebsmoment für bürgerschaftliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement.“ Die „Freiheit wird als bedroht empfunden“, wenn „Politiker und Energiekonzerne - ohne Möglichkeit der Einflussnahme und gegen den Willen der Aktivisten - deren Heimat verändern.“ „Heimat wird dafür von den handelnden Akteuren dann als Konzept bemüht, (...) wenn die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Vertrauen, Sicherheit und Freiheit durcheinandergeraten und in der Folge das Sicherheits- sowie Identitätsbedürfnis steigen.“³⁰

Der Heimatbegriff ist auch im Rahmen der Diskussion über die Pegida-Bewegung erneut in den Fokus gerückt. Für die Pegida-Anhänger steht der Heimatbegriff semantisch in Verbindung zum Begriff der Nation, zur Exklusion von Fremden sowie zur Bewahrung und Verteidigung der „Leitkultur“. Sichtbar wird hier ein „starker nationaler Patriotismus“, der oft mit der Vorstellung von „Sauber“- bzw. „Reinhaltung“ des Landes und der Kultur korreliert. Die Heimat-Konzeption der

28 Mediengruppe RTL Deutschland: Presseportal (2018). RTL/n-tv-Trendbarometer/forsa aktuell: Große Umfrage zum Thema Heimat. Köln, 12.03.2018. <https://www.presseportal.de/pm/72183/3888454>

29 Vergleiche: Marg, Stine (2019). „Deutschland – meine Heimat, meine Liebe.“. Aus: Hülz, Martina; Kühne, Olaf; Weber, Florian (Hrsg.) (2019). Heimat. Ein vielfältiges Konstrukt, S. 355-369. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-24161-2.pdf>

30 Vergleiche ebenda: 358f.

Pegida-Anhänger besteht „überwiegend aus exklusiven und exkludierenden Vorstellungen und Praktiken“.³¹

„Für die Pegida-Anhänger spielt [...] auch eine konkrete örtliche Dimension der Heimat eine entscheidende Rolle. Heimat ist ihnen zumindest konkret erfahrbar und präzise bestimmbar.“³²

Eine von der Autorin durchgeführte Umfrage unter Pegida-Anhängern zeigt, dass 48,7 Prozent von ihnen der Meinung sind, dass die deutsche Leitkultur in unserem politisch-gesellschaftlichen System eine größere Bedeutung haben sollte. Mit 81 Prozent der Pegida-Anhänger sind laut einer anderen Umfrage³³ von ihnen „mehr als doppelt so viele wie im Bevölkerungsdurchschnitt der Ansicht, dass wir „endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“ haben sollten.“³⁴

Im weiteren Verlauf ihres Aufsatzes geht die Autorin der Frage nach, ob sich die Heimatkonzeptionen junger Menschen durch das Auftreten von Pegida und AfD verändert hätten. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation, dass die Mehrheit der Deutschen ihre Heimat-Deutung keinesfalls mit rechtspopulistischen, völkisch-identitären Interpretationen verortet und lediglich eine Minderheit von zwölf Prozent Heimatbegriff mit der Nation verbindet, startete die Autorin eine qualitativ-empirische Studie, um der Frage nach der Durchlässigkeit der rechtspopulistischen Semantik auf den Grund zu gehen.

Eine von Infratest Dimap durchgeführte Umfrage aus dem Herbst 2015 ergab, dass die Zuwanderung bei der Mehrheit der Befragten nicht zu einer Veränderung der Heimatkonzeption geführt hat.³⁵

„Für 76 Prozent hat sich an der Idee von Heimat durch die Geflüchteten nichts verändert, für nur 15 Prozent hat sie an Bedeutung gewonnen und für neun Prozent der Befragten an Bedeutung verloren. Heimat erscheint hier also weder eindeutig noch bedroht.“³⁶

Dieses Bild bestätigen auch die von der Autorin selbst durchgeführten Studien, bei denen insbesondere junge Menschen zwischen 16 und 35 Jahren befragt wurden. Beinahe alle Gesprächsteilnehmer bekennen sich zu einem begrenzten Lokalpatriotismus, der mit dem Verweis auf architektonische Besonderheiten - wie z. B. die Dresdner Elbbrücke - in der jeweiligen Heimatstadt

31 Vergleiche ebenda: 361.

32 Ebenda: 362.

33 Vergleiche: Daphi, P.; u.a. (2015). Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an pegida. Ipb working paper, S. 29. http://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-amli-mit-ipb-working-paper_web.pdf Zitiert nach: Ebenda.

34 Vergleiche: Ebenda: 362f.

35 Die Infratest Dimap Umfrage ist abrufbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/neun-von-zehn-deutschen-empfinden-ihre-heimat-als-wichtig-und-positiv/>

36 Ebenda: 364.

eher eine räumliche Dimension des Verständnisses von Heimat aufweist. Dominierend ist jedoch die soziale Zuschreibung mit den Assoziationen zu Familie, Freunde und Bekannten.

„Spezifische Werte (Leitkultur) oder die Imagination eines nationalen Raumes, der gegen Fremde verteidigt werden muss, finden sich hingegen kaum. Darüber hinaus preisen die Befragten auch den Wald, die Natur und die Idylle der unmittelbaren Umgebung als Heimat. Heimat soll Entspannung im Alltag, dem Abschalten mit Freunden und der Unterhaltungsmöglichkeit der Familie und Kinder dienen.“³⁷

Während Pegida-Anhängern offensiv und selbständig von ihrer Heimat sprachen, thematisierten die hier befragten jungen Menschen Heimat beinahe ausschließlich auf konkrete Nachfrage. Insofern ist Heimat als inhaltliches Konzept bei den Befragten zwar vorhanden, wird jedoch keinesfalls mit dem skizzierten rechtspopulistischen Bedeutungsrahmen der Pegida assoziiert. Heimat wird auch nur von wenigen als Ort angesehen, „an dem man geboren wurde und aufgewachsen ist, sondern vorwiegend als Sehnsuchtsraum imaginiert, der mit dem Lebensraum zusammenfallen kann, aber nicht in eins gedacht werden muss.“³⁸

Die pluralisierte, temporalisierte und entlokaliserte Konzeption von Heimat erscheint dann als Wohlgefühl, das man in kleinräumigen, eher unpolitischen sozialen Gemeinschaften empfindet.

„Heimat ist für die jungen Menschen also nicht wie bei den Pegida-Anhängern eine Art Kompensationsraum für gesellschaftspolitische Zumutungen und funktioniert kaum als rechtspopulistisch aufgeladenes Konzept für die Jugend.“³⁹

Die Autorin weist jedoch darauf hin, dass auch junge Menschen ihre Heimat zunehmend als bedroht wahrnehmen.

„Als Gründe werden die Flüchtlingskrise, aber auch der Zubau der Grünflächen oder der Anstieg der Immobilienpreise genannt. Auffällig ist, dass sich diejenigen Teilnehmenden, die in den Gruppendiskussionen bewusst eine positive Beziehung zur Vokabel Heimat offenbaren, gleichfalls als politisch Interessierte zu erkennen geben und im Gesprächsverlauf durch starke Abwertungen und menschenfeindliche Äußerungen auffallen. (...)

Insofern wird deutlich, dass der intensive Bezug auf die Heimat als lokaler Verwurzelung häufig eine positive Grundhaltung gegenüber Globalisierung und Weltoffenheit auszuschließen scheint. Die feste regionale oder auch nationale Dimension der Heimat ist demzufolge bei den in Sachsen, Duisburg und Nürnberg befragten jungen Menschen zwar nicht mehrheitsfähig, jedoch ist die

37 Marg, Stine 2019: 364.

38 Ebenda: 365.

39 Ebenda: 364f.

oben beschriebene rechtspopulistische Heimat-Idee von Pegida durchaus an den Imaginationen, Sehnsüchten und vor allem Bedürfnissen von einigen Befragten andockfähig.“⁴⁰

Abschließend plädiert die Autorin für größere Gelassenheit im Diskurs über den Heimatbegriff. Zum einen müsse der Begriff auch in Zeiten von Bewegungen wie Pegida nicht zwangsläufig mit Nationalisierungsdiskursen aufgeladen sein, zum anderen erscheint die „Ächtung oder Ignoranz der Beheimatungsbedürfnisse realitätsfremd.“⁴¹

4. Teil 3: Die Vertrauensfrage

Hinter vielen parteiübergreifenden Appellen zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft steht der Begriff des „Wir“. Dieses Wir-Gefühl wird im aktuellen Diskurs von verschiedenen politischen Lagern vereinnahmt. Nach den Ergebnissen der „Vermächtnis-Studie“ bezieht sich dieses Wir-Gefühl zunächst auf die Familie und die Freunde. Die sich im direkten Umfeld eines jeden Individuums bildenden sozialen Beziehungen sind nach Ansicht der Autoren aber zu eng gefasst und sollten auch regionale, kulturelle, soziale und politische Aspekte des Wir-Gefühls umfassen. Erst ein solchermaßen entwickeltes Wir-Gefühl schafft ausreichend Vertrauen und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei.⁴²

- Für 80 Prozent der Menschen ist ein Wir-Gefühl wichtig. Aber nur knapp 25 Prozent glauben, dass ihren Mitmenschen dieses Gefühl ebenfalls wichtig ist.⁴³
- 25 Prozent der Befragten haben ein hohes Vertrauen in ihre Mitmenschen, fast 40 Prozent nur ein geringes.⁴⁴

Hohe Bildung und gutes Einkommen beeinflussen das allgemeine Vertrauen in die Mitmenschen zum Positiven. Das Misstrauen gegenüber den Mitmenschen beeinflusst gesamtgesellschaftliche Debatten, wie z. B. die Diskussion über das Grundeinkommen. Die Forschung macht deutlich, dass „Vertrauen im Großen“ nur über positive Erfahrungen „im Kleinen“ entwickelt werden kann. Als Beispiele werden Nachbarschaftsverhältnisse, Sportvereine und ehrenamtliche Tätigkeiten genannt. Es wird auf einen Vorschlag des Sozialpsychologen Harald Welzer verwiesen, der

40 Ebenda: 365f.

41 Vergleiche ebenda: 366f.

42 Vergleiche: ZEIT-online (2019). Allmendinger, Jutta und Jan Wetz. Die Vertrauensfrage. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 22/2019, 23. Mai 2019, <https://www.zeit.de/2019/22/wir-gefuehl-vermaechtnis-studie-zugehoerigkeit-zusammenhalt-gesellschaft-mitmenschen>
Vergleiche: DIE ZEIT; Infas; WZB 2019: 26.

43 Vergleiche ebenda.

44 Vergleiche ebenda.

ein Modell mit mehr gemeinnütziger Arbeit während der Arbeits- und Ausbildungszeit aller Bürger vorgeschlagen hat.⁴⁵

„Ein verpflichtendes soziales Jahr befürwortet über die Hälfte der befragten Deutschen. In Stadtvierteln, in denen arme und reiche Menschen nebeneinanderleben, befürworten es 75 Prozent der Befragten, fast niemand ist dagegen.“⁴⁶

Ein Artikel in der Zeitung Die WELT aus dem Jahr 2011⁴⁷ lässt zum Thema „Vertrauen in der Gesellschaft“ Forscher verschiedener Disziplinen zu Wort kommen. Der Soziologe Michael Welch hält „Vertrauen für das Fundament aller sozialen Beziehungen“.⁴⁸ Der Historiker Jakob Tanner⁴⁹ führt den Gedanken wie folgt aus: „Vertrauen ermöglicht Interaktionen zwischen Menschen, die sich schlecht oder gar nicht kennen. Es umfasst Situationen, wo rationales Abwägen nicht weiterhilft, wo intuitive Entscheidungsfähigkeit angesagt ist. Vertrauen macht sich an dem fest, was Menschen von sich zeigen. Man verlässt sich darauf, dass andere sich weiterhin so verhalten, wie man das aufgrund bisheriger sozialer Kontakte erwarten kann.“ Ein Psychologe berichtet von Studien, die zeigen, dass sich Vertrauen in die Mitmenschen fast immer auszahlt; ist das Vertrauen allerdings einmal enttäuscht worden, hat dies negative Auswirkungen auf spätere Entscheidungen. Des Weiteren lässt sich grundsätzlich feststellen, dass religiösen Menschen eher Vertrauen entgegengebracht wird und sie sich vertrauenswürdiger als nicht-religiöse Menschen verhalten.⁵⁰

Die nachfolgende Grafik gibt einen Einblick auf die Meinungen der Befragten zu den Themenbereichen „Wir-Gefühl und Vertrauen“.

45 Vergleiche ebenda: 27.
Vergleiche das Kapitel „Solidarität realistisch“ in Welzer, Harald (2019): Alles könnte anders sein.

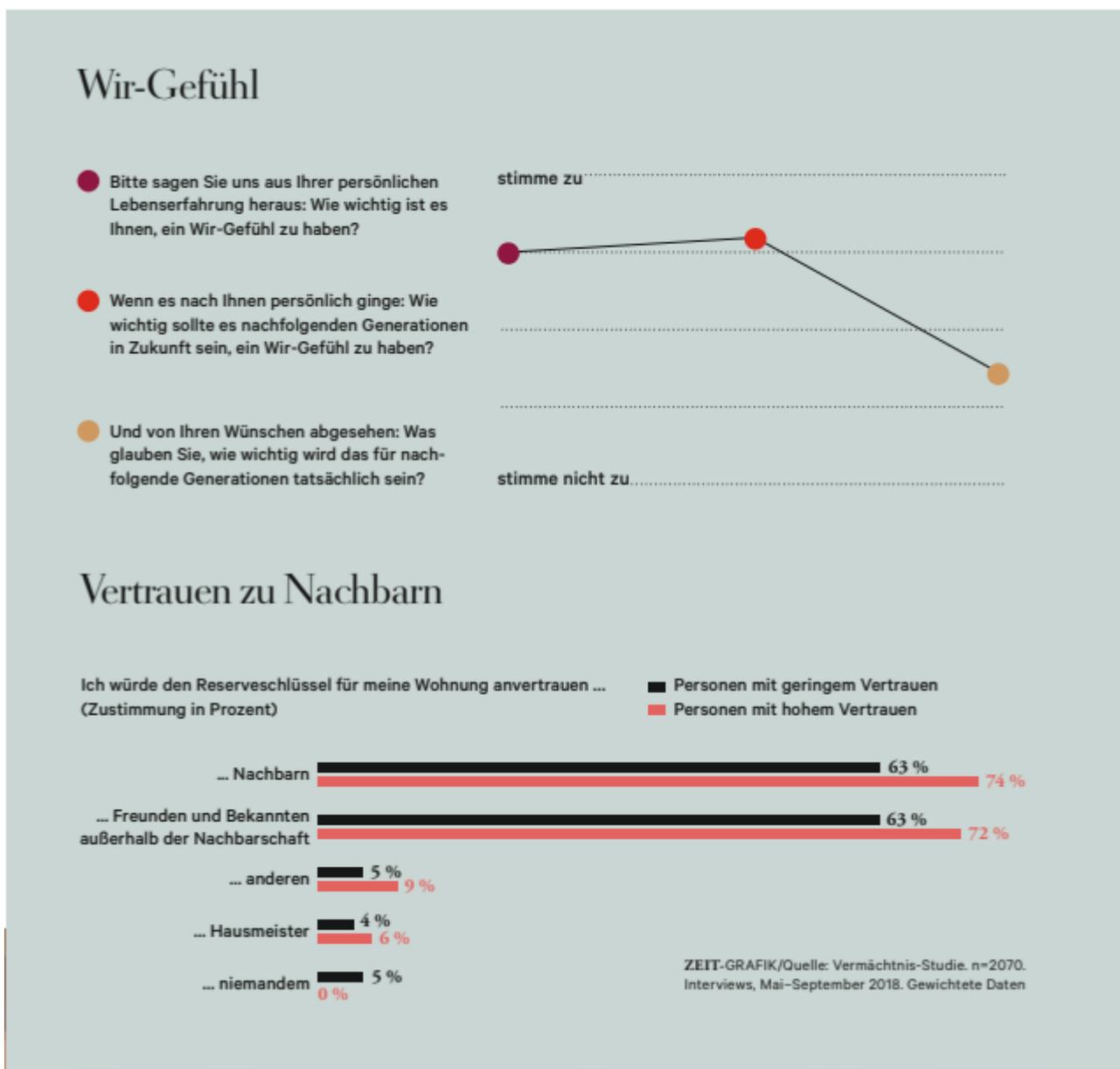
46 Ebenda: 27.
Im August 2018 forderte dies u.a. die Junge Union, ausgehend von Äußerungen der damaligen CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, siehe dazu:
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wehrdienst-oder-soziales-junge-union-will-pflichtjahr-15723411.html>

47 Jiménez, Fanny: Vertrauen ist der Klebstoff der Gesellschaft. Die WELT, 21. März 2011,
<https://www.welt.de/wissenschaft/article12904075/Vertrauen-ist-der-Klebstoff-der-Gesellschaft.html>

48 Vergleiche: Welch, Michael et. al. (2007): The Radius of Trust: Religion, Social Embeddedness, and Trust in Strangers. In: Social Forces, 86, 23-46 und Welch, Michael et. al. (2005): Determinants and Consequences of Social Trust. In: Sociological Inquiry, 75, 453-473.

49 Siehe auch Tanners Artikel in Baberowski (2014).

50 Vergleiche: Pollack, Detlef und Olaf Müller (2013): Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland. Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Religionsmonitor_verstehen_was_verbindet_Religiositaet_und_Zusammenhalt_in_Deutschland.pdf (Hier insbesondere Kapitel 4: „Religion und gesellschaftlicher Zusammenhalt.“)



Die Zeit; Infas; WZB 2019: 31.

4.1. Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen

In einer Studie über das „Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen“ stellt die Bertelsmann Stiftung fest, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland insgesamt nach wie vor stark ist. Eine differenziertere Analyse ergab jedoch, dass das Vertrauen in politische Institutionen eher sinkt. Angesichts des wachsenden Populismus in Deutschland untersuchte diese Publikation daher, „wie es um die Unterstützung der Demokratie und das Vertrauen in politische Institutionen – insbesondere in die Parteien – in Deutschland derzeit bestellt ist.“⁵¹

Nachfolgend werden die Kernergebnisse der Studie dargestellt.

„Eine deutliche Mehrheit der Deutschen steht zur Demokratie, aber die Tendenz ist rückläufig.

69 Prozent der Befragten sind 2018 der Meinung, die Demokratie sei die beste Staatsform. Nicht einmal zehn Prozent lehnen diese Aussage ab. Allerdings ist die Zustimmung im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozentpunkte zurückgegangen (2017: 76 Prozent). Ebenfalls eine Mehrheit (52 Prozent) ist mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, zufrieden. 19 Prozent sind unzufrieden; das sind fünf Prozentpunkte mehr als 2017.

Die Zahl der zufriedenen Demokraten sinkt.

2017 stimmte eine Mehrheit von 53 Prozent der Befragten sowohl der Demokratie als Prinzip als auch ihrer gelebten Praxis zu. Dieser Gruppe der zufriedenen Demokraten stehen die unzufriedenen Demokratieskeptiker gegenüber, also Personen, die sowohl die Demokratie als Staatsform ablehnen als auch mit der Demokratiepraxis unzufrieden sind. Ihr Anteil ist mit knapp drei Prozent eher gering ausgeprägt. 2018 geht der Anteil der zufriedenen Demokraten jedoch zugunsten einer wachsenden Gruppe von ambivalent eingestellten Personen auf 46 Prozent zurück.

Das Vertrauen in politische Institutionen – mit Ausnahme der Bundesregierung – ist weitgehend stabil.

Seit 2017 haben sich die Werte für das Vertrauen in Bundestag, Landtage, Landesregierung, politische Parteien sowie Polizei und Gerichte kaum verändert. (...) Einzig beim Vertrauen in die Bundesregierung ist eine markante Veränderung zu verzeichnen: Es sinkt von 30 Prozent im Jahr 2017 auf 24 Prozent im Jahr 2018.

Die Demokratieakzeptanz ist in den östlichen Bundesländern geringer.

In Deutschland ist die Unterstützung für die Demokratie insgesamt stark ausgeprägt, es gibt aber beträchtliche regionale Disparitäten: (...) Am niedrigsten ist die Zustimmung mit einem Wert von 61 Prozent in Brandenburg, am höchsten in Niedersachsen mit 84 Prozent.

51 Vergleiche: Faus, Rainer; u.a. (2018). Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Bertelsmann-Stiftung. Januar 2019, S. 6. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf

Bei der Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie unterscheiden sich Ost und West deutlich.

In allen westlichen Bundesländern sind 2017 mehr als die Hälfte der Befragten mit der Demokratiepraxis in Deutschland zufrieden, in sechs Bundesländern (Hamburg, Saarland, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz) liegt die Zufriedenheit sogar bei mehr als 60 Prozent. Im Osten sind lediglich in Mecklenburg-Vorpommern mehr als die Hälfte zufrieden, in Brandenburg und Sachsen sind es sogar weniger als 40 Prozent.⁵²

„Regulative Institutionen genießen mehr Vertrauen als repräsentative.

Im Mittel gilt für alle Institutionen (Polizei, Gerichte, Landtag, Landesregierung, Bundestag, Bundesregierung, politische Parteien, öffentlich-rechtlicher Rundfunk): Ihnen wird eher vertraut (35 Prozent) als misstraut (22 Prozent). Betrachtet man die Institutionen einzeln, so zeigt sich, dass die eher regulativen rechtsstaatlichen Institutionen wie Gerichte und Polizei deutlich mehr Vertrauen genießen als die repräsentativen Institutionen. So vertrauen mehr als zwei Drittel der Deutschen der Polizei und knapp die Hälfte den Gerichten. Der Landesregierung vertraut etwa ein Drittel der Befragten, dem Landtag selbst etwas mehr als ein Viertel. Gleiches gilt für Bundestag und Bundesregierung. Deutlich geringer fällt das Vertrauen in politische Parteien aus: Diesen vertrauen 2017 neun Prozent der Befragten (2018: zehn Prozent).

Das Vertrauen in Parteien wächst mit dem Einkommen.

Insbesondere Bürger mit niedrigen sozioökonomischen Status vertrauen politischen Parteien weniger. So haben beispielsweise über 40 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 Euro kein Vertrauen in politische Parteien, während dies bei Menschen mit einem Einkommen über 3.000 Euro deutlich weniger als 30 Prozent sind.

Ungerechtigkeitsempfinden und Verunsicherung spiegeln sich im Misstrauen gegenüber Parteien.

Von den Befragten, die die Gesellschaft als sehr ungerecht empfinden, hat über 60 Prozent kein Vertrauen in Parteien. Bei den besonders stark Verunsicherten liegt der Anteil bei 56 Prozent. Anders sieht es aus bei denjenigen, die die Gesellschaft als sehr gerecht empfinden oder gar nicht verunsichert sind: Hier haben lediglich 12 bzw. 27 Prozent kein Vertrauen in Parteien.

Parteibindung vergrößert das Vertrauen – außer bei der AfD.

In der Regel bringen diejenigen, die sich einer bestimmten Partei verbunden fühlen, auch Parteien im Allgemeinen ein größeres Vertrauen entgegen. Dies gilt jedoch ausdrücklich nicht für die Anhänger der Partei Alternative für Deutschland (AfD): 66 Prozent der Anhänger der AfD empfinden eher Misstrauen gegenüber Parteien.⁵³

52 Ebenda: 7.

53 Ebenda: 8.

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung konstatiert abschließend:

„Das gesunkene Vertrauen in die Demokratie und die politischen Institutionen ist ein Warnsignal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Angriffspunkt für Populisten. Umso mehr ist eine verantwortungsvolle Politik gefordert, konzentriert an Lösungen für die Sachfragen zu arbeiten, die die Menschen tatsächlich umtreiben. Dazu gehört eine Sozialpolitik, der daran gelegen ist, Armut und Ungleichheit nachhaltig zu verringern. Dazu gehört aber auch die Bereitschaft, Politik in Zeiten wachsender Unübersichtlichkeit zu erklären, ihre Verfahren verständlich zu machen und ihre Wertgrundlagen darzulegen. Lebhaftige Debatten in der Zivilgesellschaft lassen erkennen, dass es sich lohnt, den Dialog zu suchen, mehr Bürgerbeteiligung zu wagen und mit den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv das Miteinander in der pluralen Gesellschaft zu gestalten. Streit bleibt dabei nicht aus, er ist notwendig und gut, solange er von einem demokratischen Konsens getragen ist.“⁵⁴

4.2. Medienvertrauen

An der Johannes Gutenberg Universität Mainz wird seit einigen Jahren die „Langzeitstudie Medienvertrauen“ betrieben. Das Forschungsprojekt, das sowohl von der Forschungsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz als auch vom Forschungsschwerpunkt Medienkonvergenz der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gefördert wird, veröffentlichte Anfang 2019 die Forschungsergebnisse der Befragungen aus dem Jahr 2018.

„Die langfristig angelegte Studie basiert auf über einem Jahrzehnt kommunikationswissenschaftlicher Vertrauensforschung am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg Universität (JGU) Mainz. Im Mittelpunkt stehen regelmäßige bevölkerungsrepräsentative Befragungen, welche die dynamischen Entwicklungen, Ursachen und Folgen von Medienvertrauen in Deutschland erheben. Schwerpunkte der Studie sind u.a. die Verbreitung von gerechtfertigter und konspirativer Medienkritik (u.a. Lügenpresse-Vorwürfe) und die empirischen Beziehungen zwischen Medienvertrauen, Mediennutzung, politischen und gesellschaftlichen Einstellungen und Persönlichkeitseigenschaften.“⁵⁵

Die Forschungsergebnisse aus der bevölkerungsrepräsentativen Trendbefragung des Jahres 2018 (Welle 2018) werden in insgesamt acht Befunden wie folgt dargestellt:

„Befund 1: Medienvertrauen auch im Jahr 2018 insgesamt recht stabil

Die Mehrheit der Deutschen vertraut den etablierten Medien weiterhin. 44 Prozent der Deutschen vertrauen den etablierten Medien in wichtigen Fragen – der höchste bisher gemessene Wert. 22 Prozent äußern grundsätzliches Misstrauen. Die Gruppe derjenigen, die beim Vertrauen eine mittlere Position einnehmen (teils, teils) ist so klein wie noch nie in den bisher fünf Umfragewellen der Mainzer Forschungsgruppe. Ihr Anteil beträgt nun 34 Prozent. Im Vorjahr waren es

54 Ebenda.

55 Johannes Gutenberg Universität Mainz (2019). Langzeitstudie Medienvertrauen. Forschungsergebnisse der Welle 2018. <https://medienvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse-der-welle-2018/>

41 Prozent, vor zehn Jahren noch 63 Prozent. Offenbar sehen sich viele Menschen angesichts einer polarisierten Debatte dazu veranlasst, auch selbst Position für oder gegen die Medien zu beziehen.

Befund 2: Pauschale Kritik und Polemik gegenüber den Medien verfestigen sich

Die Lügenpresse-Debatte hinterlässt Spuren: Pauschale Kritik und Polemik haben sich in den vergangenen Jahren verfestigt. Jeder vierte Bürger in Deutschland hält die Medien nicht für vertrauenswürdig und wirft ihnen gezielte Manipulation vor. Demnach stimmen 25 Prozent der Bevölkerung der Aussage zu: Die Medien arbeiten mit der Politik Hand in Hand, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren. Ein Jahr zuvor stimmten 20 Prozent zu, 2016 waren es 27 Prozent. Den Vorwurf, die Medien würden die Bevölkerung in Deutschland systematisch belügen, teilt aktuell 16 Prozent.

Befund 3: Zunehmende Entfremdung der Bürger von den etablierten Nachrichtenmedien

Immer mehr Deutsche fühlen sich von den etablierten Nachrichtenmedien nicht mehr gut repräsentiert. Im Jahr 2017 stimmten 18 Prozent der Aussage zu: Die Medien haben den Kontakt zu Menschen wie mir verloren. In der aktuellen Erhebung von Ende des Jahres 2018 vertreten nun 27 Prozent diese Auffassung. Von 36 auf 43 Prozent gestiegen ist auch die Wahrnehmung, dass die Medien die gesellschaftlichen Zustände ganz anders darstellen, als es die Bürger in ihrem eigenen Umfeld wahrnehmen. (...)

Befund 4: Trotz Einbußen hohes Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Nach einem Vertrauenshoch im Jahr 2017 sind die Werte für das öffentlich-rechtliche Fernsehen in der aktuellen Erhebungswelle leicht gesunken – 65 Prozent der Bevölkerung vertrauen der Berichterstattung (2017: 72 Prozent, 2016: 69 Prozent). Damit liegt der öffentlich-rechtliche Rundfunk jedoch noch immer an der Spitze verschiedener Mediengattungen. Regionalzeitungen liegen mit 63 Prozent direkt dahinter. Erstmals wurde in der aktuellen Welle zwischen regionalen und überregionalen Zeitungen unterschieden. Überregionale Zeitungen werden demnach von 49 Prozent der Befragten als vertrauenswürdig eingeschätzt. Die Daten zeigen allerdings auch, dass viele Menschen überregionale Zeitungen nicht (mehr) aus eigenem Lesen und Erleben kennen: So enthalten sich 22 Prozent der Befragten eines Urteils über die Glaubwürdigkeit der überregionalen Presse.

Befund 5: Internet und Sozial Media weiterhin wenig vertrauenswürdig

Die breite Diskussion über den Datenskandal von Facebook, über Fake News im Internet und andere Gefahren des Netzes lassen viele Menschen nachhaltig vorsichtig und misstrauisch gegenüber Online-Nachrichten werden. (...) Nur 21 Prozent der Befragten vertrauen den Nachrichten auf Seiten von Suchmaschinen, und nur vier Prozent den Nachrichten in sozialen Netzwerken. Der Anteil derjenigen, die Nachrichten in sozialen Netzwerken generell für nicht vertrauenswürdig halten, ist innerhalb eines Jahres sogar von 42 auf 51 Prozent angestiegen.

Befund 6: Vertrauen in die Berichterstattung über Islam und Geflüchtete ist geringer

Das Medienvertrauen der Bürger ist nicht über alle Themen hinweg gleich groß. Übergreifend vertrauen 44 Prozent der Deutschen den etablierten Medien bei wichtigen Fragen. Dagegen stimmen nur 20 bis 25 Prozent den Aussagen zu, dass die Berichterstattung der Medien über den Islam und über die Kriminalität von Flüchtlingen vertrauenswürdig ist. Dies sind auch die Themen, die die Meinungen der Deutschen polarisieren: So bejahen und verneinen jeweils circa 35 Prozent die Aussagen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre und dass durch die Flüchtlinge in Deutschland die Kriminalität steige.

Befund 7: Wahrgenommene Redeverbote bei politisch sensiblen Themen

Nicht nur unter dem Schlagwort der Political Correctness wird regelmäßig debattiert, ob es von den Medien ausgehende Tabus hinsichtlich verschiedener gesellschaftlich relevanter Themen gibt. (...) In der Mainzer Umfrage stimmt nur eine Minderheit von 16 Prozent der Aussage zu, dass die Medien die Meinungsfreiheit in Deutschland prinzipiell untergraben. Eine klare Mehrheit – 59 Prozent – hält diese Aussage für unzutreffend. Allerdings sagen auch 27 Prozent: Die Medien schreiben einem vor, was man denken soll. Mit Blick auf konkrete Themen haben jeweils mehr als ein Drittel der Deutschen den Eindruck, dass man nicht öffentlich sagen dürfe, [dass] durch die vielen Flüchtlinge in Deutschland die Kriminalität steigt und [dass] der Islam nicht zu Deutschland gehört. Allerdings sind auch jeweils rund 40 Prozent der Meinung, dass man dies sehr wohl sagen dürfe. Kein Redeverbot nehmen die Deutschen beim Diesel-Skandal wahr – 80 Prozent meinen, dass man sich nicht den Mund verbrennt, wenn man sagt, dass die Autobauer die Diesel-Käufer systematisch belogen haben. (...)

Befund 8: Profil von Bürgerinnen und Bürgern, die die Medien pauschal verurteilen

Insgesamt legen die Befunde nahe, dass das Vertrauen in die etablierten Medien im Zuge der Lügenpresse-Debatte keineswegs in großem Stil erodiert ist. Dennoch hat sich ein relevanter Kern an Kritikern herausgebildet, der die etablierten Medien pauschal verurteilt. Sie finden sich (...) überdurchschnittlich häufig an den Rändern des politischen Links-Rechts-Spektrums. Sie sind formal niedriger gebildet, politisch weniger interessiert und blicken mit mehr Sorgen auf ihre wirtschaftliche Zukunft als diejenigen Bürger, die die etablierten Medien nicht pauschal verurteilen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die etablierten Medien vor allem von denjenigen Bürgern pauschal verurteilt werden, die häufig alternative Nachrichtenquellen im Sozial Web konsumieren und regelmäßige Nutzerkommentare auf den Seiten der etablierten Medien lesen.⁵⁶

5. Teil 4: Die Zukunft kann kommen

Die großen sozialen, ökonomischen und technischen Umbrüche, die mit der Digitalisierung zukünftig einhergehen könnten, werden von der Mehrheit der Deutschen eher gelassen aufgenommen.⁵⁷

56 Ebenda.

57 Vergleiche: ZEIT-online (2019). Allmendinger, Jutta und Jan Wetz: Die Zukunft kann kommen. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 23/2019, 29. Mai 2019. <https://www.zeit.de/2019/23/aufgeschlossenheit-digitalisierung-lernen-vermaechtnis-studie>
Vergleiche: DIE ZEIT; Infas; WZB 2019: 32.

-
- Nur drei Prozent der befragten Deutschen stimmen der Aussage zu, dass ihre Arbeit auch von einer Maschine erledigt werden könnte.
 - Nur zehn Prozent der Umfrageteilnehmer möchten nicht die neuesten technischen Entwicklungen über ihre reine Anwendung hinaus verstehen. 50 Prozent der Befragten erklären, dass ihnen dieses Verständnis wichtig ist. Die restlichen 40 Prozent sind unentschieden.
 - 75 Prozent der Befragten empfehlen den nachfolgenden Generationen, sich mit neuer Technik zu befassen.
 - Über 70 Prozent zeigen sich dem lebenslangen Lernen gegenüber offen, 90 Prozent empfehlen diese Offenheit nachfolgenden Generationen.⁵⁸

Erneut fällt auf, dass die Menschen die Aufgeschlossenheit, die sie sich selbst attestieren, ihren Mitmenschen eher nicht zutrauen. Im Vergleich mit anderen Staaten weichen die Deutschen wesentlich seltener von ihrer einmal erworbenen Erwerbsbiografie ab.

„Es braucht eine neue Selbstverständlichkeit, dass Arbeitsbiografien nicht kontinuierlich verlaufen, und Institutionen, die über die nötigen Mittel verfügen, um Übergänge von einem in einen anderen Job zu organisieren und, wenn nötig, finanziell abzufedern.“⁵⁹

Die Autoren plädieren für eine Strategie der Prävention, wie sie auch im Gesundheitsbereich praktiziert wird: Grundlegende Veränderungen in der Arbeitswelt müssen bereits im Vorfeld erkannt werden, um den Erwerbstätigen dann mit vorausschauender Umschulung und Weiterbildung den Übergang in eine andere Tätigkeit möglich zu machen.⁶⁰

5.1. Die Zukunft der Arbeit

In den letzten Jahren sind eine Vielzahl von Studien und sonstigen Beiträgen zur zukünftigen Entwicklung der Digitalisierung der Arbeit erschienen, die versuchen, Ausmaß und Intensität dieser Entwicklung zu prognostizieren und die daraus resultierenden gesellschaftlichen, sozialen Veränderungen darzustellen und ihre politischen Konsequenzen aufzuzeigen. Die in diesen Prognosen getroffenen Annahmen über die Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeit differieren

58 Vergleiche ebenda.

59 Ebenda: 33.

60 Vergleiche ebenda.

natürlich sehr stark. Einigkeit besteht jedoch bei allen Autoren in der Annahme, dass zukünftig mit einer erhöhten Erwerbslosenquote zu rechnen ist.⁶¹

Ein Beispiel dafür ist die im Jahr 2016 von der Bertelsmann-Stiftung publizierte Delphi-Studie über die Zukunft der Arbeit, die ein Ergebnis des sogenannten „Millennium Project“ ist. Das „Millennium Project“ ist ein weltweiter Think Tank in Form einer NGO, der sich der Erkundung globaler Entwicklungen in der Zukunft verschrieben hat. Das erste Kapitel der Studie befasst sich dem umstrittenen Ausmaß der befürchteten bzw. erwarteten Arbeitslosigkeit, die durch technologischen Wandel zukünftig entstehen könnte und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

„Nahezu einhellig, und unabhängig von Alter und Region der Antwortenden, erwarten die Experten eine global steigende Arbeitslosenquote, im Schnitt von heute ca. 6 Prozent auf 11 Prozent im Jahr 2020, mit einer kontinuierlichen Steigerung auf 24 Prozent bis 2050. Zu bedenken ist jedoch: Das ist der Durchschnitt der Antworten. Einige der Befragten gehen von bis zu 50 Prozent im Jahr 2050 oder sogar von nahezu vollständiger Arbeitslosigkeit aus. Auch gilt: Je mehr Erfahrung mit Vorausschau die Antwortenden haben, desto höher fällt ihre Einschätzung aus. So liegen die Erwartungen, was die Höhe der erwarteten Arbeitslosigkeit betrifft, seitens der weniger erfahrenen Experten im Schnitt bei 21 Prozent, bei sehr erfahrenen jedoch bei 27 Prozent. Ebenso fallen die Einschätzungen höher aus, je mehr Kompetenz die Experten im Feld künstliche Intelligenz und technologische Entwicklung haben (zum Beispiel schätzen auch hier diejenigen mit hoher Fachexpertise 14 Prozent statt 11 Prozent globale Arbeitslosigkeit im Jahr 2020). In anderen Worten: Je besser sich die Befragten mit Zukunftseinschätzungen und Technologieentwicklung auskennen, desto mehr Arbeitslosigkeit erwarten sie.“⁶²

-
- 61 Institut für Innovation und Technik (2016). Foresight-Studie „Digitale Arbeitswelt“ für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/f463-digitale-arbeitswelt.pdf?jsessionid=C19AE06B0CAB79EAAF226CE4ADF50156?__blob=publicationFile&v=2
Bundesministerium für Bildung und Forschung (2016). Zukunft der Arbeit. https://www.bmbf.de/upload_files/tore/pub/Zukunft_der_Arbeit.pdf
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2018). Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Makroökonomische Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne von morgen. <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/DigitalisierungundZukunftderArbeit2018.pdf>
Frey, Carl B.; Osborne, Michael A. (2013). The Future of Employment: How susceptible are jobs to computerisation? In: Technological Forecasting and Social Change, 114. https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf
Siehe auch das Dossier der Süddeutschen Zeitung zum Thema: https://www.sueddeutsche.de/thema/Zukunft_der_Arbeit
- 62 Daheim, Cornelia; Wintermann, Ole (2016). 2050: Die Zukunft der Arbeit. Ergebnisse einer internationalen Delphi-Studie des Millennium Project, S. 11f. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/BST_Delphi_Studie_2016.pdf

Entwicklung der Arbeitslosenquote bis 2050 in Prozent

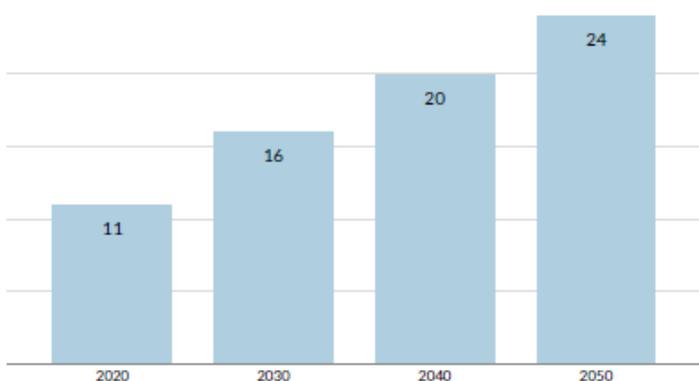


Abbildung 1

BertelsmannStiftung

Erwartete Arbeitslosigkeit in Prozent bis 2050, nach Herkunft der befragten Experten

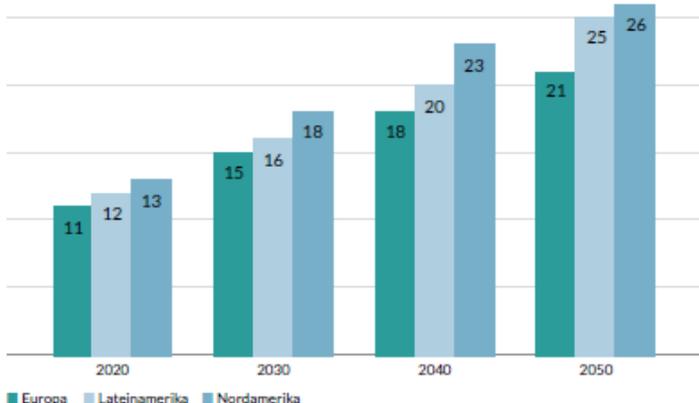


Abbildung 2

BertelsmannStiftung

Ebenda: 12.

„Zu bedenken ist hinsichtlich der Höhe der erwarteten Arbeitslosigkeit jedoch auch, dass die entsprechende Frage von kaum veränderten Rahmenbedingungen ausgeht, was beispielsweise die Sozialsysteme und die Gestaltung von Arbeit angeht. Fänden hier entsprechende Anpassungen statt, könnte das Bild positiver aussehen. (...) Am zuversichtlichsten in Bezug auf die Höhe der erwarteten Arbeitslosigkeit zeigen sich übrigens die europäischen Experten – sie erwarten im Schnitt für das Jahr 2050 nur eine globale Arbeitslosigkeit von 21 Prozent, während etwa der Schnitt der Erwartungen aus Nordamerika bei 26 Prozent liegt. Festzuhalten ist in jedem Fall: Nach der Experteneinschätzung haben wir es mit rasch steigender Arbeitslosigkeit zu tun, wenn wir nicht umfassend die Systeme an die neuen und kommenden Arbeitsrealitäten anpassen.“⁶³

5.2. Digitalisierung am Arbeitsplatz

Die Digitalisierung von Arbeit und ihre Folgen für die Beschäftigten sind aktueller denn je. Der technologische Wandel durch die rasante Entwicklung von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien verändert Arbeitsplätze und Tätigkeiten in einer nie dagewesenen Schnelligkeit. Die Digitalisierung findet in fast allen Bereichen der Arbeit statt und führt auch zu Konsequenzen für die Beschäftigung in Berufen, die nicht direkt mit Maschinen oder Computern zu tun haben.

Der Forschungsbericht „Digitalisierung am Arbeitsplatz“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus dem Jahr 2016 beschäftigt sich mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen und untersucht dabei folgende Fragestellungen: ⁶⁴

- „Wie weit ist die Digitalisierung am Arbeitsplatz verbreitet und wie dynamisch entwickelt sie sich?
- Welche Konsequenzen hat die Digitalisierung aus Sicht der Beschäftigten für die Arbeitsplatzqualität, Jobanforderungen und Leistungsfähigkeit?
- Sorgen sich Beschäftigte aufgrund der Digitalisierung um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes?“⁶⁵

Die wesentlichen Ergebnisse der Studie werden wie folgt beschrieben:

- „Ein Großteil aller Befragten in Betrieben mit mindestens 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nutzt im Arbeitsalltag digitale Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).
- Während nur die Hälfte der geringqualifizierten Beschäftigten beruflich IKT nutzt, sind es unter den Hochqualifizierten fast alle.
- Führungskräfte werden deutlich häufiger von ihrem Arbeitgeber mit mobilen Endgeräten ausgestattet als Beschäftigte ohne Führungsverantwortung.
- Knapp vier Fünftel der Beschäftigten haben in den letzten fünf Jahren eine Veränderung in der technischen Ausstattung ihres Arbeitsplatzes erlebt, auch hier steigt der Anteil mit dem Ausbildungslevel.

64 Vergleiche: Arnold, Daniel; u. a. (2016). Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Forschungsbericht 468. Digitalisierung am Arbeitsplatz. Bericht. Stand 22. Dezember 2015, S. 2. https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb-468-digitalisierung-am-arbeitsplatz.pdf;jsessionid=35DBE1BDFCAAE96539CD8EF09F3B98C?_blob=publicationFile&v=4

65 Ebenda: 3.

-
- Beschäftigte erfahren durch die technologische Veränderung einerseits körperliche Erleichterung und verringerte Anforderungen an die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen, andererseits aber auch die Notwendigkeit, sich weiterzuentwickeln und Multitasking auszuüben.
 - Fast 30 Prozent der Beschäftigten berichten von einer körperlichen Entlastung aufgrund technologischer Neuerungen, 15 Prozent von sinkenden Anforderungen an die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen.
 - Beschäftigte, die sinkende Anforderungen wahrnehmen, nehmen seltener an beruflicher Weiterbildung teil.
 - Fast 80 Prozent der Beschäftigten sehen aufgrund technologischer Veränderungen die Notwendigkeit, die eigenen Fähigkeiten ständig weiterzuentwickeln. 65 Prozent nehmen eine Verdichtung der Arbeit wahr.
 - Beschäftigte, die eine Notwendigkeit zur Weiterentwicklung wahrnehmen, nehmen häufiger an beruflicher Weiterbildung teil.
 - 13 Prozent der Beschäftigten sehen es als wahrscheinlich an, dass ihr Arbeitsplatz zukünftig von einer Maschine übernommen wird.
 - Etwa ein Drittel der Beschäftigten erlebt eine größere Entscheidungsfreiheit aufgrund technologischer Entwicklungen. Mehr als die Hälfte der Befragten nimmt eine Steigerung der eigenen Produktivität wahr.“⁶⁶

5.3. Weiterbildung

Im Herbst 2015 vergab das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Forschungsauftrag für die Erhebung zum Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Damit wurde die langjährige Tradition des Berichtssystems Weiterbildung (BSW) fortgeführt, das seit 1979 mit repräsentativen Individualerhebungen alle drei Jahre aktuelle Entwicklungen der Teilnahme an Weiterbildung abbildet. Im Jahr 2007 erfolgte die Umstellung vom bisherigen nationalen Berichtskonzept des BSW auf das europäische Berichtskonzept des Adult Education Survey (AES), das für den Berichtszeitraum 2011/12 erstmals verpflichtend in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) durchgeführt wurde.⁶⁷

Als Beispiel für die Teilnahme Erwachsener an non-formaler Weiterbildung sollen hier die zentralen Ergebnisse der Studie wiedergegeben werden.

„Die Quote der Teilnahme an non-formaler Weiterbildung liegt im Jahr 2016 bei 50 Prozent, also nahezu so hoch wie auch in den beiden letzten AES-Erhebungen. Unter den Teilnehmenden nahmen dabei mehr an nur einer Weiterbildungsaktivität und deutlich weniger an drei oder mehr

66 Ebenda: 1.

67 Vergleiche: Bilger, Frauke; u. a. (2017). Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES), S. 13. <https://www.die-bonn.de/doks/2017-weiterbildungsforschung-01.pdf>

Aktivitäten teil als im Jahr 2012. Pro Teilnehmenden ist damit der Wert besuchter Weiterbildungsaktivitäten von durchschnittlich 2,0 auf 1,7 im Jahr 2016 gesunken. Wenngleich die durchschnittlich aufgewendete Zeit pro Weiterbildungsaktivität im Jahr 2016 nahezu unverändert hoch liegt, ist die insgesamt unter allen 18- bis 64-Jährigen für Weiterbildung aufgewendete Zeit seit dem Jahr 2012 gesunken. Im Jahr 2016 wurde pro Kopf in der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung mit 36 Stunden durchschnittlich knapp eine Arbeitswoche eines Vollzeiterwerbstätigen in non-formale Weiterbildung investiert (Vergleichswert des Jahres 2012: 42 Stunden pro Kopf).

Getrennt nach Segmenten der non-formalen Weiterbildung umfasst auch im Jahr 2016 die betriebliche Weiterbildung mit 71 Prozent den größten Anteil aller Weiterbildungsaktivitäten, gefolgt von der nicht berufsbezogenen (20%) und der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung (10%). Seit dem Jahr 2014 ist der Anteilswert individueller berufsbezogener Weiterbildung zurückgegangen und derjenige der nicht berufsbezogenen Weiterbildung angestiegen. Die Quote der Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung (36%) ist entsprechend auch im Jahr 2016 deutlich höher als die an nicht berufsbezogener (13%) und an individueller berufsbezogener Weiterbildung (7%). Im Bereich der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung ist die Quote der Teilnahme seit dem Jahr 2014 mit minus zwei Prozentpunkten signifikant zurückgegangen.

Bei den gruppenspezifischen Analysen sind vor allem die Ergebnisse zweier Betrachtungen nennenswert: Geschlecht und Erwerbsstatus. Die Weiterbildungsbeteiligung von Frauen liegt im AES 2016 etwa so hoch wie die der Männer (50% versus 49%). Dabei bleibt unter den Frauen die in Weiterbildung investierte Zeit im Referenzzeitraum stabil (im Jahr 2016 pro Kopf durchschnittlich 36 Stunden). Bezogen auf alle 18- bis 64-jährigen Männer hat sich die zeitliche Investition von durchschnittlich 45 Stunden pro Kopf in der Bevölkerung im Jahr 2012 auf durchschnittlich 35 Stunden pro Kopf im Jahr 2016 verringert. Erwerbstätige nahmen auch im Jahr 2016 am häufigsten an non-formaler Weiterbildung teil (56%), gefolgt von Personen in schulischer oder beruflicher Ausbildung (42%). Die Quoten der Teilnahme von sonstigen Nicht-Erwerbspersonen (29%) und Arbeitslosen (27%) liegen deutlich niedriger. Erwerbstätige Teilnehmer und Teilnehmerinnen nahmen mit durchschnittlich 1,7 Aktivitäten an mehr Weiterbildungsaktivitäten teil als arbeitslose (durchschnittlich 1,4 Aktivitäten). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung liegt dagegen die durchschnittlich in Weiterbildung investierte Zeit unter Arbeitslosen mit 58 Stunden pro Kopf deutlich höher als unter den Erwerbstätigen mit 34 Stunden, wobei beide Werte seit dem Jahr 2012 zurückgegangen sind.⁶⁸

Einen Überblick über das non-formale Weiterbildungsverhalten bietet die folgende Tabelle:

Teilnahmequoten und zeitlicher Umfang der Weiterbildung nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Jahr 2016

	Bevölkerung		Teilnehmende an Weiterbildung			Bevölkerung
	Anzahl Befragte	Teilnahme an Weiterbildung in %	durchschnittliche Unterrichtszeit der Einzelaktivität in Stunden M (SD)	Anzahl der Aktivitäten pro Jahr M	Zeitaufwand pro Jahr in Stunden M (SD)	durchschnittliche Unterrichtszeit pro Kopf in Stunden M (SD)
alle 18- bis 64-Jährigen	(n=7 102) ^a	50	42 (109)	1.7	72 (156)	36 (116)
<i>Region</i>						
West	(n=5 617) ^a	49	41 (102)	1.7	69 (147)	34 (108)
Ost	(n=1 485) ^a	51	46 (130)	1.8	82 (190)	42 (142)
<i>Geschlecht</i>						
Männer	(n=3 264) ^a	49	42 (108)	1.7	72 (153)	35 (113)
Frauen	(n=3 838) ^a	50	42 (110)	1.7	71 (159)	36 (118)
<i>Erwerbsstatus</i>						
Erwerbstätige	(n=4 560) ^a	56	34 (86)	1.7	60 (128)	34 (101)
Arbeitslose	(n=492) ^a	27	150 (262)	1.4	214 (327)	58 (195)
Personen in schulischer/ beruflicher Bildung	(n=714) ^a	42	64 (155)	1.7	105 (214)	44 (147)
sonstige Nicht-Erwerbspersonen	(n=1 336) ^a	29	78 (162)	1.4	109 (208)	32 (123)
<i>Altersgruppen</i>						
18–24 Jahre	(n=873) ^a	46	61 (154)	1.7	104 (217)	47 (155)
25–34 Jahre	(n=1 428) ^a	51	56 (150)	1.7	93 (196)	47 (147)
35–44 Jahre	(n=1 314) ^a	54	43 (109)	1.7	74 (164)	40 (126)
45–54 Jahre	(n=1 651) ^a	52	33 (72)	1.8	58 (115)	30 (88)
55–64 Jahre	(n=1 836) ^a	44	30 (50)	1.6	48 (89)	21 (64)
<i>Schulabschluss^b</i>						
niedrig	(n=1 938) ^a	35	41 (103)	1.5	61 (134)	21 (85)
mittel	(n=2 507) ^a	52	38 (109)	1.7	66 (158)	34 (118)
hoch	(n=2 597) ^a	60	46 (111)	1.8	83 (166)	50 (135)
<i>Migrationshintergrund^c</i>						
deutsch ohne MHG	(n=6 138) ^a	51	36 (96)	1.7	63 (144)	33 (108)
deutsch mit MHG	(n=370) ^a	43	57 (124)	1.4	81 (160)	34 (112)
Ausländer	(n=591) ^a	40	96 (186)	1.5	142 (225)	57 (159)

Anmerkungen. Datengrundlage: AES 2016; Basis: 18- bis 64-Jährige; MHG: Migrationshintergrund.

^a Ungewichtete Fallzahl.

^b Hier nicht dargestellt: Schüler, keine Angabe.

^c Hier nicht dargestellt: keine Angabe.

Ebenda: 50.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Arnold, Daniel; u. a. (2016). Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Forschungsbericht 468. Digitalisierung am Arbeitsplatz. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb-468-digitalisierung-am-arbeitsplatz.pdf;jsessionid=35DBE1BDFCAAEB96539CD8EF09F3B98C?__blob=publicationFile&v=4 [zuletzt abgerufen am 14. Juni 2019]
- Baberowski, Jörg (Hg.) (2014): Was ist Vertrauen? Ein interdisziplinäres Gespräch.
- Bilger, Frauke; u. a. (2017). Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES). <https://www.die-bonn.de/doks/2017-weiterbildungsforschung-01.pdf> [zuletzt abgerufen am 18. Juni 2019]
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2016). Zukunft der Arbeit. https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Zukunft_der_Arbeit.pdf [zuletzt abgerufen am 17. Juni 2019]
- Daheim, Cornelia; Wintermann, Ole (2016). 2050: Die Zukunft der Arbeit. Ergebnisse einer internationalen Delphi-Studie des Millenniums Project. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/Graue_Publikationen/BST_Delphi_Studie_2016.pdf [zuletzt abgerufen am 13. Juni 2019]
- Daphi, P.; u.a. (2015). Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an pegida. Ipb working paper. http://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-amlimit_ipb-working-paper_web.pdf [zuletzt abgerufen am 14. Juni 2019]
- Die Zeit; Infas; WZB (2019). Das Vermächtnis. Wie wird leben wollen und was wir dafür tun müssen. Ergebnisse 2019. https://wzb.eu/system/files/docs/gf/2019_ZEIT_VermaechtnisStudie_Broschuere.pdf [zuletzt abgerufen am 25. Juni 2019]
- Faus, Rainer; u.a. (2018). Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Bertelsmann-Stiftung. Januar 2019. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf [zuletzt abgerufen am 18. Juni 2019]
- Frey, Carl B.; Osborne, Michael A. (2013). The Future of Employment: How susceptible are jobs to computerisation? In: Technological Forecasting and Social Change. https://www.oxford-martin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf [zuletzt abgerufen am 17. Juni 2019]
- Hülz, Martina; Kühne, Olaf; Weber, Florian (Hrsg.) (2019). Heimat Ein vielfältiges Konstrukt. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-24161-2.pdf> [zuletzt abgerufen am 17. Juni 2019]

Infratest Dimap Umfrage „Heimat“ (2015).

<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/neun-von-zehn-deutschen-empfinden-ihre-heimat-als-wichtig-und-positiv/> [zuletzt abgerufen am 17. Juni 2019].

Institut für Innovation und Technik (2016). Foresight-Studie „Digitale Arbeitswelt.“ Erstellt für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/f463-digitale-arbeitswelt.pdf;jsessionid=C19AE06B0CAB79EAAF226CE4ADF50156?__blob=publicationFile&v=2 [zuletzt abgerufen am 17. Juni 2019]

Jiménez, Fanny: (2011). Vertrauen ist der Klebstoff der Gesellschaft. Die WELT, 21. März 2011, <https://www.welt.de/wissenschaft/article12904075/Vertrauen-ist-der-Klebstoff-der-Gesellschaft.html> [zuletzt abgerufen am 14. Juni 2016]

Johannes Gutenberg Universität Mainz (2019). Langzeitstudie Medienvertrauen. Forschungsergebnisse der Welle 2018. <https://medienvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse-der-welle-2018/> [zuletzt abgerufen am 18. Juni 2019]

Mediengruppe RTL Deutschland: Presseportal (2018). RTL/n-tv-Trendbarometer/Forsa aktuell: Große Umfrage zum Thema Heimat. <https://www.presseportal.de/pm/72183/3888454> [zuletzt abgerufen am 14. Juni 2019]

Pollack, Detlef und Olaf Müller (2013). Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland. Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Religionsmonitor_verstehen_was_verbindet_Religioesitaet_und_Zusammenhalt_in_Deutschland.pdf [zuletzt abgerufen am 14. Juni 2019]

Welch, Michael et. al. (2005). Determinants and Consequences of Social Trust. In: Sociological Inquiry, 75, 453-473.

Welch, Michael et. al. (2007). The Radius of Trust: Religion, Social Embeddedness, and Trust in Strangers. In: Social Forces, 86, 23-46.

ZEIT-online (2019). Allmendinger, Jutta und Jan Wetz. Die Vertrauensfrage. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 22/2019, 23. Mai 2019. <https://www.zeit.de/2019/22/wir-gefuehl-vermaechtnis-studie-zugehoerigkeit-zusammenhalt-gesellschaft-mitmenschen> [zuletzt abgerufen am 14. Juni 2019].

ZEIT-online (2019). Allmendinger, Jutta und Jan Wetz: Die Zukunft kann kommen. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 23/2019, 29. Mai 2019. <https://www.zeit.de/2019/23/aufgeschlossenheit-digitalisierung-lernen-vermaechtnis-studie> [zuletzt abgerufen am 14. Juni 2019]

ZEIT-online (2019). Novotny, Rudi. Die sonderbare Gelassenheit der Deutschen. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 20/2019, 9. Mai 2019.

<https://www.zeit.de/2019/20/vermaechtnis-studie-deutschland-ergebnisse-gelassenheit-heimat-vertrauen/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 13. Juni 2019]

ZEIT-online (2019). Steinwede, Jakob. Heimat. Verbindend, nicht trennend. Was die Deutschen unter Heimat verstehen. Aus der Serie: Das Vermächtnis. DIE ZEIT Nr. 21/2019, 16. Mai 2019.

<https://www.zeit.de/2019/21/heimat-begriff-bedeutung-geborgenheit-identitaet-leitkultur/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 13. Juni 2019]

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2018). Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Makroökonomische Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne von morgen.

<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/DigitalisierungundZukunftderArbeit2018.pdf> [zuletzt abgerufen am 17. Juni 2019].